

II-2275 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT
Zl. 01041/14-Pr.5/81

WIEN, 1981-04-22

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR.
Neumann und Genossen, Nr. 1007/J,
vom 2. März 1981, betreffend die
Nutzung des Bundesgestüts Piber
in der Weststeiermark für den
Fremdenverkehr.

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Anton B e n y a

994 IAB
1981 -04- 23
zu 1007/J

Parlament
1010 W i e n

Die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Neumann und Genossen, Nr. 1007/J, betreffend die Nutzung des Bundesgestüts Piber in der Weststeiermark für den Fremdenverkehr, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Derzeit besteht eine Frequenz von ca. 50.000 bis 60.000 Personen pro Jahr, die Piber vorwiegend in den Sommermonaten besuchen. Eine Öffnung im Sinne der Einrichtung einer Abteilung für Gästereiterei oder Kutschfahrten ist - nach Prüfung der Gesamttrentabilität - von der Herstellung von Anlagen und Einrichtungen abhängig, deren Umfang und Qualität der Bedeutung der Institution angepaßt sein und vergleichbar sein muß. Im übrigen ist in der unmittelbaren Umgebung von Piber ein privater Reitstall mit 16-18 Pferden etabliert, ein weiterer verfügt über eine gedeckte Reitbahn.

- 2 -

Eine raschere Auswirkung auf den Fremdenverkehr ist in einer wesentlich verbesserten Vorstellung des Gestütes und seiner Einrichtungen, also der Pferde, der Nachzucht, der Wagenburg und Anspannung, in eigenen vorher anzukündigenden "Gestütspräsentationen" zu erreichen. Auch soll die - anderswo schon lange bestehende - Einführung von Schloßkonzerten eine Anzahl von Besuchern in die Gegend bringen. Die hervorragende akustische Eignung des Schloßhofes konnte im Vorjahre bereits einmal festgestellt werden.

Eine Öffnung im Sinne der Ausweitung des informativen Dienstes für die Besucher ist im dargelegten Sinne in Vorbereitung und auch kurzfristig durchführbar und soll bei entsprechendem Publikumsinteresse ausgeweitet werden.

Der Bundesminister:

